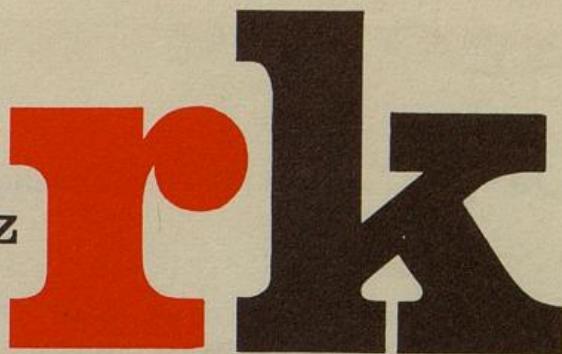


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 30. November 1983

Blatt 3200

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau) Unterlagen für "bevorzugten Wasserbau" Hainburg unzureichend
Straßenbahntarife: Dauerkunden fahren noch immer billiger als vor 1982

Kommunal: (rosa) Wiener Prostitutionsgesetz einstimmig angenommen
Wiener Stadtwerke: Überstunden stark gesunken
Wiener Hafen begann mit Schüttgutumschlag
Zinssenkung für 3.460 Gemeindemieter
Konstituierende Sitzung der Behindertenkommission
Zwei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform
Jugendrichter besuchten Kinderübernahme stelle

Kultur: (gelb) Gerstl-Ausstellung im Historischen Museum

Nur über FS: 29.11. Gerüsteinsturz in Kagran: Zwei Verletzte
30.11. Wienerin feiert 101. Geburtstag
Thaliastraße nach Kanalschaden gesperrt

.....
Bereits am 29. November 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Unterlagen für "bevorzugten Wasserbau" Hainburg unzureichend
Utl.: Wien jedoch grundsätzlich für den Bau des Kraftwerks Hainburg
=++++

12 #Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Er bekenne sich voll zum weiteren
Ausbau der Donau, zum Bau der Kraftwerke Hainburg und Wien, das
betonte Finanzstadtrat Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des
Bürgermeisters. Umweltstadtrat Peter SCHIEDER sagte dazu, die Stadt
Wien sei für den Bau des Kraftwerks Hainburg. Lediglich zur Frage
der Erklärung zum bevorzugten Wasserbau habe das Land Wien
einstweilen eine negative Stellungnahme abgegeben, da in diesem
Verfahren der Stadt Wien von der DOKW keine ausreichenden Unterlagen
zur Verfügung gestellt worden sind.#

In einem heute in einer Wochenzeitung erschienenen Bericht zur
Frage Hainburg waren zwar im Text die Fakten richtig dargestellt
worden, der Titel ist jedoch irreführend, da dort die Wiener
Stellungnahme als "Nein" zu Hainburg ausgelegt wird, sagte Schieder.

Richtig ist jedoch, daß sich das Land Wien lediglich gegen die
Erklärung zum bevorzugten Wasserbau ausgesprochen hat, solange noch
keine anderen Unterlagen vorliegen. Wien ist prinzipiell für
Hainburg. Dazu gehört aber auch, daß im Einvernehmen mit dem Bund
die Ersatzleistungen festgelegt werden. Von der DOKW sind daher für
den Bereich Lobau Ersatzmaßnahmen vorzulegen, die eine weitere
Versorgung des Grundwasserwerks-Lobau sichern sollen. Sollten trotz
dieser Maßnahmen, die im Einvernehmen festzulegen wären, später
dennoch Schäden bei der Grundwasserversorgung auftreten, so müßten
diese vom Bund bzw. der DOKW bezahlt werden.

In seiner Stellungnahme hat das Land Wien darauf hingewiesen,
daß durch die Dammbauten zuwenig Wasser für die Grundwassergewinnung
zur Verfügung stehen wird. Daher müßte ein Projekt zur
Grundwasseranreicherung vorgelegt werden.

Von der DOKW wurden keinerlei Angaben über Herkunft, Menge und
Qualität des für die Dotierung notwendigen Wassers gemacht. Da die
bisher vorliegenden Unterlagen für eine Erklärung zum bevorzugten
Wasserbau unzureichend sind, hat sich Wien gegen diese Erklärung
ausgesprochen. Legt die DOKW entsprechende Unterlagen vor, so hat
auch das Land Wien nichts gegen Hainburg als bevorzugten Wasserbau.
(Schluß) hs/ko

.....
Bereits am 29. November 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Straßenbahntarife: Dauerkunden fahren noch immer billiger als
vor 1982

=++++

13 Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Schlicht und einfach demagogisch nannte Wiens Verkehrsstadtrat Hatzl den Beitrag des öVP-Pressedienstes zu den Wiener Tramwaytarifen. Es schein dem Verfasser des Kommentars des öVP-Pressedienstes entgangen zu sein, daß es in dem von ihm genannten Zeitraum preisliche Veränderungen gegeben hat, daß aber auch die Löhne gestiegen sind, sagte Hatzl gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".

Allein in den letzten zwei Jahren sind die Anschaffungskosten für einen Normalbus um 11,5 Prozent und für einen Gelenkbus um 10 Prozent gestiegen. Die Wiener Verkehrsbetriebe haben durch wesentliche qualitative Verbesserungen im Liniennetz, aber auch durch die Inbetriebnahme der U-Bahn seit 1978 weitaus höhere Betriebskosten als zuvor. Gleichzeitig werden die Mehrbeträge aus der Tarifierpassung für Investitionen aufgewendet, damit es nicht sicherheitsgefährdende Verkehrsmittel wie in anderen Städten österreichts gibt, erklärte Hatzl.

Im übrigen hat es nicht nur Tarifierpassungen, sondern auch echte Tarifiereduzierungen auf Grund eines neuen Tarifierystems gegeben. So sind zum Beispiel für Dauerkunden, und das sind vor allem die Einkommensschwächeren, beziehungsweise die Arbeiter und Angestellten, die Monats- und Jahresnetzkarten preislich günstiger geworden. Die Monatsnetzkarten kosteten vor dem 1.1.1982 noch 395 Schilling, und werden ab kommenden Jahr 350 Schilling, also noch immer weniger als vor 1982, kosten. Die günstigen Jahresnetzkarten wurden 1982 zum Preis von zehn Monatsnetzkarten neu eingeführt.

Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Streckenlänge des Wiener Netzes mit rund 700 Kilometern im Durchschnitt um das fünf- bis siebenfache größer ist als in den anderen Städten unserer Republik.

"Es gibt kein städtisches Verkehrsunternehmen in österreich, das günstigere Bedingungen für die Dauerkunden aufweisen kann und das über so optimale und technisch einwandfreie öffentliche Verkehrsmittel verfügt wie die Wiener Verkehrsbetriebe", stellte Hatzl fest. (Schluß) roh/ap

30. November 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3203

Wiener Prostitutionsgesetz einstimmig angenommen

=+++

1 Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz genehmigte Mittwoch einstimmig den Gesetzentwurf zum "Wiener Prostitutionsgesetz". Das vorliegende Gesetz wird am Mittwoch, dem 7. Dezember, dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden.
(Schluß) lei/ap

NNNN

Wiener Stadtwerke: Überstunden stark gesunken

=++++

2 #Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Wie aus der Beantwortung einer Gemeinderatsanfrage hervorgeht, ist bei den Wiener Stadtwerken innerhalb der letzten zwei Jahre die Anzahl der geleisteten Überstunden deutlich zurückgegangen. Sie ist vom ersten Halbjahr 1981 auf das erste Halbjahr 1982 um sieben Prozent und vom ersten Halbjahr 1982 auf das erste Halbjahr 1983 um weitere 9,6 Prozent gesunken. #

Der für die Stadtwerke zuständige Stadtrat Johann HATZL nahm in diesem Zusammenhang zu der Forderung nach Ersatz der Überstunden durch Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte Stellung. "Die Wiener Stadtwerke waren schon in der Vergangenheit bestrebt, dort, wo es aus betrieblichen Gründen möglich ist, Überstundenleistungen durch die Schaffung von Planstellen zu ersetzen", sagte Hatzl. "Das zeigt auch der jetzt festgestellte starke Rückgang bei den Überstunden. Bei einem hochtechnisierten Dienstleistungsunternehmen wie den Wiener Stadtwerken ist es jedoch nicht möglich, zur Gänze auf Überstunden zu verzichten. Störungen und Gebrechen müssen auch außerhalb der Dienstzeit behoben werden. Im Fahrdienst läßt sich die Touren-einteilung nicht so genau treffen, daß der Arbeitstag nach acht Stunden beendet ist."

Weiters ist bei bestimmten Arbeiten wie Rohr- oder Kabelverlegungen Nacht-, Sonn- oder Feiertagsarbeit behördlich vorgeschrieben, um die Störung auf ein Mindestmaß zu beschränken. Bei den Gasrohren kommt es im Frühjahr, während der Tauwetterperiode, zu einer Häufung von Gebrechen. Die Verkehrsbetriebe schließlich sind immer wieder zu vorübergehenden Spitzenleistungen gezwungen, etwa bei Großereignissen wie dem Papstbesuch sowie beim Messe- und Allerheiligenverkehr. "Die Verpflichtung zur klaglosen Versorgung der Bevölkerung hat hier zudem Vorrang vor allen anderen Überlegungen", stellte Stadtrat Hatzl dazu fest. (Schluß) roh/ap

NNNN

Gerstl-Ausstellung im Historischen Museum

=++++

3 #Wien, 30.11. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt vom 1. Dezember 1983 bis 26. Februar 1984 die Ausstellung "Richard Gerstl". Die Schau findet anlässlich des 100. Geburtstages des Malers auf Anregung von Dr. Otto BREICHA statt, der sich seit Jahren mit dem Werk und der Persönlichkeit Gerstls befaßt.

Es kann - soweit es erreichbar war und sich die Möglichkeit einer Leihgebung bot - der Großteil des Werkes von Gerstl gezeigt werden. #

Damit bietet die Ausstellung einen Überblick über Gerstls Schaffen, wie er sonst nicht gegeben ist, da sich nur ein Teil seines Werks im Besitz der öffentlichen Hand befindet. Einige der Bilder in Privatbesitz, die nicht als Leihgabe zu erhalten waren, konnten im Katalog abgebildet werden. Das Historische Museum ist Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10 bis 16 Uhr, Donnerstag von 10 bis 18 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr und Sonntag von 9 bis 17 Uhr geöffnet. Der Ausstellungskatalog kostet 90 Schilling, das Plakat ist um 30 Schilling erhältlich.

Richard Gerstl, der am 14. September 1883 in Wien geboren wurde, war ein Künstler, der seiner Zeit voraus war und dem man daher lange mit Unverständnis gegenüberstand. Sein früher Tod und das dadurch bedingte kleine Oeuvre standen einem breiteren Bekanntheitsgrad entgegen. Die geniale Malweise Gerstls, seine Bedeutung und sein Avantgardismus - etwa mit dem Komponisten (und Maler) Arnold Schönberg vergleichbar - wurden erst im Lauf der Zeit anerkannt. Es bedurfte dazu erst der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte und einer Generation von Künstlern, die nach 1945 in Wien zu neuen Wegen aufbrachen. Sie erkannten in Gerstls Werk Verwandtschaft und vergleichbares Anliegen und damit in Gerstl einen ihrer großen Vorgänger. (Schluß) gab/ap

NNNN

Wiener Hafen begann mit Schüttgutumschlag

=++++

5 Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Wiener Hafen hat nun probeweise mit dem Umschlag von Schüttgut in Albern begonnen. Als erstes wurde ein DDSG-Schiff entladen, das rund 500 Tonnen Splitt aus Loya nach Wien brachte.

Im Wiener Raum werden jährlich etwa 100.000 Tonnen Splitt aus Loya benötigt, der bisher mit Lastkraftwagen transportiert werden mußte. (Schluß) red/gg

NNNN

Zinssenkung für 3460 Gemeindemieter

=++++

6 Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Für 3460 Gemeindemieter bringt die Mietzinsabrechnung im Dezember eine erfreuliche Überraschung: Die internationale Zinssatzpolitik beziehungsweise die Senkung des Zinssatzes durch das den Bau mitfinanzierende Kreditinstitut ermöglicht eine Reduzierung des Mietzinses. Das Ausmaß der Verbilligung beträgt, wie Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN mitteilte, zwischen 59 Groschen und 4,35 Schilling, pro Quadratmeter, rückwirkend mit Oktober 1983.

In der Mietzinsvorschreibung für Dezember werden in den betroffenen Gemeindebauten die seit Oktober geleisteten Überzahlungen abgerechnet. Ab Jänner zahlen die Mieter dann den neuen Grundzins, der sich aus den geänderten Zinsbedingungen ergibt.
(Schluß) ger/ko

NNNN

Konstituierende Sitzung der Behindertenkommission

=++++

8 Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) In Anwesenheit von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER fand Mittwoch die konstituierende Sitzung einer Behindertenkommission statt. Zum Vorsitzenden wurde GR. Karl LACINA (SPÖ), als Stellvertreter die Gemeinderäte Marilies FLEMMING (ÖVP) und Hans KÖNIG (SPÖ), bestellt.

Aufgabe der Kommission wird es sein, notwendige Maßnahmen auf dem Gebiet der Behindertenhilfe zu beraten und entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Vorrangige Themen werden unter anderem die Aufnahme Behinderter in den Dienst der Stadt Wien, der Ausbau von geschützten Werkstätten, die Beseitigung architektonischer Barrieren und die Förderung von Selbsthilfegruppen und Interessensvertretungen von Behinderten sein. (Schluß) lei/ap

NNNN

Zwei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform

Utl.: Kuratorium psychosoziale Dienste: Neuer Vorstand

=++++

9 #Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Einen erfolgreichen Tätigkeitsbericht des Kuratoriums für psychosoziale Dienste legte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag nachmittag in der Sitzung des Vorstandes vor. Wie Univ.-Prof. Dr. Stacher, der Präsident des Kuratoriums, erklärte, erfolgte seit 1980 ein rascher Ausbau der nichtstationären und teilstationären Behandlungs- und Betreuungsdienste. Damit verfügt Wien über ein dichtes Netz an Einrichtungen, das jederzeit die Möglichkeit für rasche Hilfe in psychiatrischen Notsituationen bietet. So stehen gegenwärtig insgesamt acht psychosoziale Stationen, 310 Heime bzw. Wohnplätze sowie Rehabilitationseinrichtungen zur Verfügung. Für das heurige Jahr werden weit über 50.000 Kontakte und Beratungen mit insgesamt fünf- bis sechstausend rat- und hilfeschuchenden Personen in Krisensituationen erwartet. Die Einrichtung bzw. die Tätigkeit des Kuratoriums für psychosoziale Dienste war, wie der Stadtrat betonte, eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der Wiener Psychiatriereform.#

Der neue Vorstand des Kuratoriums für psychosoziale Dienste setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Präsident: Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER; 1. Vizepräsident: GR Erika KRENN; 2. Vizepräsident: Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS; die GRe. Dr. Marilies FLEMMING, Ilse FORSTER, Dr. Johannes HAWLIK, Erich HUBER, Hans KÖNIG, Karl LACINA, Mag. Eva PETRIK und Hans SCHIEL, weiters OSR Dr. Hans SIEBENSOHN, OSR Dr. Herbert DRAPALIK, Landessanitätsdirektor HR Dr. Ermar JUNKER und OMR Dr. Werner GSCHWINDL. Chefarzt des Kuratoriums ist Dr. Stephan RUDAS, Geschäftsführer Gerhard HÖHLE. (Schluß) zi/ko

NNNN

Jugendrichter besuchen Kinderübernahmsstelle

=++++

10 Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Eine Delegation von Wiener Jugendrichtern, an ihrer Spitze der Präsident des Jugendgerichtshofes, Dr. Udo JESIONEK, besuchte Dienstag die Kinderübernahmsstelle und das im selbem Gebäude befindliche Julius-Tandler-Heim des Jugendamtes der Stadt Wien sowie das neue Beratungszentrum des Jugendamtes in der Sobieskigasse 31.

Mit Besuchen von Einrichtungen des Jugendamtes und eingehenden Gesprächen mit Mitarbeitern wurde bereits seit einiger Zeit die Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Jugendrichtern intensiviert. So soll sichergestellt werden, daß Richter in Zukunft noch stärker auf die individuellen Resozialisierungsmöglichkeiten delinquenter Jugendlicher eingehen und daß die Hilfsangebote des Jugendamtes für straffällig gewordene Jugendliche besser genutzt werden können.

Der Leiter des Jugendamtes der Stadt Wien, Obersenatsrat Dr. Walter PROHASKA sprach gegenüber den Jugendrichtern auch die Einladung aus, an den Enqueten des Jugendamtes teilzunehmen. Auch für das kommende Jahr sind für Jugendrichter weitere Besuche von Einrichtungen des Jugendamtes geplant. (Schluß) emw/gg

NNNN